

# PERSPEKTIVE

## Zeitung für Solidarität und Widerstand

# Der Höhenflug der AfD: Falsche und echte Alternativen

Wahl aus Protest gegen die Regierung oder alles Nazis? Der parlamentarische Erfolg der AfD wirft erneut die Frage auf, mit welchen Mitteln Faschist:innen die Menschen an sich ziehen und wie unsere Alternative als klassenkämpferische Arbeiter:innen aussehen muss.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung aus SPD, Grünen und FDP wächst. Wurde mit der Bundestagswahl 2021 zwar nach acht Jahren die „Große Koalition“ aus CDU und SPD abgelöst, führt die neue „Ampel“ doch den alten Kurs weiter: Politik für die Interessen der deutschen Großkonzerne, wie man gerade an der Kürzungspolitik sehen kann, während die Rüstungsausgaben hochgefahren werden.

Die nachlassende Zustimmung für die Regierung führt aber nicht automatisch dazu, dass arbeiterfreundliche Kräfte erstarken. Stattdessen profitiert vor

allem die „Alternative für Deutschland“ (AfD). Seit ihrer Gründung 2013 als Partei rechts von CDU und CSU, die ihren faschistischen Charakter immer offener zeigt, hat sie es längst geschafft, sich in der politischen Landschaft zu etablieren. Das bestätigen zuletzt ihre hohen Umfragewerte von 20 Prozent und die Wahl des ersten AfD-Landrats im Thüringer Landkreis Sonneberg.

### Woher kommen die 20 Prozent?

In Reaktion auf diese Erfolge überschlagen sich die Erklärungsversuche, wie es so weit kommen konnte. Gerade die 2024 anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen leiten den Blick

nach Ostdeutschland. Hier waren die Wahlergebnisse der AfD in der Vergangenheit bereits am höchsten und auch heute erreicht sie hier ihre stärksten Umfragewerte.

Einen Erklärungsansatz meint eine Studie des an der Universität Leipzig angesiedelten Else-Frenkel-Brunswik-Instituts gefunden zu haben. Aus einer Befragung von 3.546 Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern wird die Schlussfolgerung gezogen, „soziodemografische Faktoren“, also zum Beispiel die Höhe des Einkommens, hätten „nur geringen Einfluss auf die rechtsextreme Einstellung“. Stattdessen würde die „größte Erklärungskraft in der Analyse [...] eine Verschwörungsmentalität und der Wunsch nach autoritärer Unterwerfung“ bieten.

Auch wenn der Hinweis auf psychologische Faktoren im Prinzip richtig ist, wird der Zusammenhang mit der Entwicklung der Lebenslage weiter Teile der Bevölkerung mit dieser Aussage verklärt: Wirtschaftskrisen und imperialistische Kriege führen heute nicht nur genau so zur Verarmung von Arbeiter:innen und Kleinbürger:innen wie vor 100 Jahren, sondern bedrohen auch immer mehr die gewohnte Lebensweise von vielen. Die Angst davor bei den Menschen, die sich z.B. in einer Sehnsucht nach starken Führern äußern kann, nutzen die Faschist:innen aus und sprechen sie an – ihre Ursache liegt aber letztlich in der Funktionsweise des Kapitalismus, der Wirtschaftskrisen und Kriege gesetzmäßig hervorbringt. Dies herauszustellen war und bleibt eine zentrale Aufgabe für fortschrittliche Kräfte.



### Regierung kürzt beim Bundeshaushalt 2024

Kurz vor der alljährlichen „Sommerpause“ des deutschen Parlaments hat die Bundesregierung noch ihren Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 verabschiedet und vorgestellt. Darin sind unter anderem Mehrausgaben für die Bundeswehr und starke Kürzungen im Sozialbereich vorgesehen. > Seite 3

### Vor 50 Jahren: Wilder Streik bei Ford Köln

Im August 1973 brach im Kölner Fordwerk ein wilder Streik gegen die Entlassung hunderter Gastarbeiter aus. Er trug zur dauerhaften Veränderung der Lebenslage von migrantischen Arbeiter:innen bei. Auch heute können wir viel aus diesem Streik lernen. > Seite 4

Auch die herrschende Kapitalist:innenklasse muss Antworten auf die Nöte der Arbeiter:innen finden, um deren wachsende Wut einzufangen und ihre eigene Stellung zu sichern. In der Geschichte hat sich gezeigt, dass dort, wo dies mithilfe von Parlamenten und bürgerlicher Demokratie nicht mehr gelingt, das Kapital auf die faschistische Terrorherrschaft setzt: Sind die Faschist:innen an der Macht, fungieren sie als die aggressivsten Vertreter:innen des Finanzkapitals, also des mächtigsten Teils der Kapitalist:innenklasse, unterdrücken die Arbeiter:innenbewegung und rüsten zum Krieg.

### Für oder gegen „die Eliten“?

Auch die AfD vertritt offen und radikal kapitalistische Interessen: Ihre eigene Darstellung als „Anti-Eliten-Partei“ ist nichts weiter als Etikettenschwindel, um auch die ausgebeuteten Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen. So tritt sie zum Beispiel für eine massive Aufrüstung der Bundeswehr, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den Einsatz der Armee im Inneren ein. Sie versucht mit ihrer Hetze gegen Migrant:innen, Geflüchtete und vor allem Muslim:innen ebenso wie gegen LGBTI+ Personen verschiedene Teile der Arbeiter:innenklasse gegeneinander aufzuhetzen.

In der aktuellen Situation, die durch Klimawandel, den Krieg um die Ukraine und kapitalistische Wirtschaftskrisen geprägt ist, versteht sie es, die dadurch hervorgerufenen Nöte vieler Menschen aufzugreifen. Ihr Erfolg dabei kommt nicht plötzlich, sondern ist das Ergebnis einer langjährigen, strategischen Propagandaarbeit entlang den beschriebenen inhaltlichen Linien. Auch sind nicht plötzlich viel mehr Menschen weit nach rechts gerückt – das Wähler:innenpotential für fa-

schistische Parteien wurde schon früher auf ca. 20 Prozent in Deutschland geschätzt.

Der Unterschied der AfD zu anderen faschistischen Parteien besteht darin, dass sie es schaffen, dieses Potential zu realisieren und besonders rechte Teile der anderen Parteien von sich zu überzeugen. Dafür sorgt allein schon ihr Spitzenpersonal: So war zum Beispiel Alexander Gauland, früherer Fraktionsvorsitzender und heute Ehrenvorsitzender, jahrzehntelang ein führender Funktionär der hessischen CDU und von 1987 bis 1991 Leiter der Hessischen Staatskanzlei.

An der Basis spielt ihnen die Krise des bürgerlichen Parteiensystems noch mehr in die Hände. CDU, SPD, FDP und Grüne waren in den letzten Jahren alle an Regierungen beteiligt und führten die für die Kapitalist:innen notwendigen Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse durch. Dadurch scheint es ein Leichtes, alle Probleme auf die jeweilige Bundesregierung zu schieben. So wird das Abwälzen der Kosten für die Umstellung der Energieversorgung des deutschen Kapitals auf die Arbeiter:innenklasse nach Darstellung der AfD zu einem „grünen Kulturkampf“, wobei es sich eigentlich um Klassenkampf von oben handelt.

Gleichzeitig erhält die AfD Schützenhilfe aus den anderen Parteien: Innerhalb der Linkspartei etwa hat Sahra Wagenknecht die Hetze der AfD gegen Geflüchtete faktisch übernommen und erhält dafür Applaus von Höcke und Co. CDU-Chef Merz kündigte großspurig an, die AfD „halbieren“ zu wollen und ist ihr stattdessen inhaltlich nach rechts nachgelaufen. Wie lange die CDU ihre „Brandmauer“ gegen die AfD noch aufrecht erhält, bleibt abzuwarten. Wobei diese bereits einige Löcher hat: Auf kommunaler Ebene stimmt die CDU besonders oft gemeinsam mit der AfD ab.

### Gemeinsam gegen den Faschismus

Die AfD hat die Fähigkeit, reale Probleme unserer Klasse aufzugreifen, in ihren „Lösungen“ aber gleichzeitig ihren Interessen direkt entgegen zu handeln. Deswegen sind nicht alle ihrer Wähler:innen Nazis, auch wenn die Partei faschistisch ist. Anstatt uns als Antifaschist:innen solche falschen, einfachen Auswege zu suchen, indem wir keinen Unterschied zwischen AfD-Sympathisant:innen und gefestigten Neonazikader:innen machen, müssen wir den Kampf gegen ihren Einfluss in der Gesellschaft aktiv führen.

Hysterie ist angesichts der steigenden Umfragewerte heute genauso unangebracht wie 2017, als die AfD erstmals in den Bundestag einzog. Ihre politische und organisatorische Stärkung über die Jahre ist trotzdem auch ein Zeichen der Schwäche linker Organisationen, die es nicht ausreichend geschafft haben, dem etwas entgegenzusetzen.

Dabei kennen wir eine reale Alternative zum Kapitalismus – den Sozialismus. In einer Gesellschaft, in der die Arbeiter:innen die Wirtschaft in ihrer Hand halten und planen, gibt es weder Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit noch die Notwendigkeit, andere Länder in Kriegen zu unterwerfen und sie auszurauben. Für Spaltung und Konkurrenz gibt es keinen Platz, wenn die solidarische Zusammenarbeit aller Teile unserer Klasse durch das System nicht mehr unterdrückt, sondern gefordert wird.

Um den Sozialismus zu erkämpfen müssen wir heute selbst aktiv werden. Der Kapitalismus, trotz all seiner Krisen, entlarvt sich vor den Augen der Menschen nicht komplett von allein. Wer nach Auswegen sucht, muss von uns erreicht werden. Wir als klassenkämpferische Arbeiter:innen müssen die richtigen Erklärun-

gen für die Ursachen steigender Preise liefern, bevor die Faschist:innen ihre Märchen verbreiten. Wir müssen diejenigen sein, die gemeinsam mit Migrant:innen für höhere Löhne kämpfen, anstatt uns anhand unserer Herkunft spalten zu lassen. Wir dürfen nicht müde werden, klarzustellen: Ein System, das darauf beruht, möglichst großen Profit für ein paar wenige Menschen auf Kosten der großen Mehrheit zu erzielen, wird niemals eine wirklich Lösung anzubieten haben. Denn dazu gehören Konkurrenz, Spaltung nach Geschlecht, Herkunft und Nationalität, Kriege zur Unterwerfung anderer Länder, Ausbeutung und Unterdrückung.

In Organisationen, in denen wir gemeinsam Kämpfe gegen Angriffe auf unsere Klasse führen, in denen wir gemeinsam lernen und uns weiterentwickeln, können wir auch schon heute zeigen, wer unsere Freund:innen und wer unsere Feinde sind: Nicht unser migrantischer Kollege oder unsere arbeitslose Nachbarin, sondern Banken und Konzerne.

Den Faschismus wirklich verhindern werden wir aber erst können, wenn wir auch den Kapitalismus von der Erde gefegt haben. Dafür müssen alle Vertreter:innen der Banken und Konzerne weg, egal welches Kürzel oder welche Farbe sie tragen. Als Arbeiter:innen unser Schicksal eigenständig in die Hand zu nehmen mag zwar wie ein weit entfernter Traum klingen, ist aber näher an der Realität als alle Geschichten, die Faschist:innen unseren Klassengeschwistern versuchen aufzutischen. Sind wir davon überzeugt und kommen in die Lage, auch andere davon zu überzeugen, werden wir zu jeder Zeit gemeinsam Schritte in Richtung Sozialismus gehen können.

Heraus zum Antikriegstag am 1. September:

# KEIN FRIEDEN MIT DEM KAPITALISMUS

FÜR DEN SOZIALISMUS!



FÖDERATION-KLASSENKAMPF.ORG

# Regierung kürzt beim Bundeshaushalt 2024: Geld für Waffen statt für Soziales!

Kurz vor der alljährlichen „Sommerpause“ des deutschen Parlaments hat die Bundesregierung noch ihren Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 verabschiedet und vorgestellt. Darin sind unter anderem Mehrausgaben für die Bundeswehr und starke Kürzungen im Sozialbereich vorgesehen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) benennt bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs klar die Prioritäten der Regierung: „Zuallererst geht es um die Sicherheit unseres Landes.“ - sprich: Mehr Waffen und Ausrüstung für die Bundeswehr. Zweite Priorität sei es, dafür zu sorgen, dass Deutschland „ein modernes Industrieland“ bleibe. Dies soll vor allem durch Steuergeschenke an große Unternehmen sichergestellt werden. Getarnt werden diese als sogenannte „Investitionsprämien“. Bei der dritten Priorität hört es mit der zuvor festgestellten Klarheit dann auch schon wieder auf. Notwendig sei, „dass wir für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sorgen“. Es gehe darum, „dass wir alles Notwendige tun, dass alle zurechtkommen können“. Wie Scholz das umsetzen will bzw. was er überhaupt darunter versteht, wo er doch zuvor klar gesagt hat, dass er der Panzer- und Wirtschaftskanzler ist, bleibt wohl seiner Fantasie überlassen. Der Haushaltsentwurf spricht jedenfalls eine ganz andere Sprache.

## 30 Milliarden Euro weniger

Finanzminister Christian Lindner (FDP) setzt den gigantischen Rotstift an und will im kommenden Jahr mehr als 30,6 Milliarden Euro weniger ausgeben als im laufenden Jahr. Für die kommenden Jahre schwört der FDP-Politiker die Bevölkerung schon jetzt auf weitere drastische Kürzungen ein, die er als „Daueraufgabe“ der Politik sieht.

Die meisten Einsparungen plant die Bundesregierung bei den Ausgaben des Gesundheitsministeriums. Hier sollen 33,7 Prozent der Ausgaben gestrichen werden. Darunter werden vor allem die Menschen leiden, die auf Zahlungen aus der Pflegeversicherung angewiesen sind, bei der der Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro komplett gestrichen wird. Zudem sind bereits ab 1. Juli die Beiträge zur Pflegeversicherung gestiegen. Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat zudem Schließungen zahlreicher Krankenhäuser und weitere Kürzungen angekündigt, auch wenn er versucht das Ganze positiv als „Krankenhausrevolution“ zu verkaufen.

Das Bildungsministerium bekommt im kommenden Jahr 1,2 Milliarden Euro weniger Geld. Auch beim BAföG wird gestrichen: 440 Millionen Euro weniger für Studierende und 220 Millionen Euro weniger für Schüler:innen. An einen Ausgleich der Preisexplosionen und der steigenden Mieten ist hier also nicht zu denken. Auch beim Ausbau von Rad- und Fußwegen will die Regierung im kommenden Jahr 150 Millionen Euro einsparen. Für den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) sind Kürzungen in Höhe von 44,6 Millionen Euro bzw. 18,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr geplant.

## Ein doppeltes Plus für Waffen

Der größte Gewinner des neuen Haushaltes ist das Verteidigungsministerium und dadurch auch die

Rüstungsindustrie, die sich weiter über zahlreiche Aufträge freuen darf. Zwar fällt das Plus von 1,7 Milliarden Euro vergleichsweise moderat aus, doch mit 51,8 Milliarden Euro steht dem Verteidigungsministerium der zweitgrößte Einzelhaushalt zur Verfügung. Hinzu muss man zudem noch die bereits geplanten Ausgaben und Investitionen rechnen, die über das 100 Milliarden Sondervermögen finanziert werden. Daraus sollen etwa große Rüstungsprojekte wie der Tarnkappenjet F-35, moderne Schützenpanzer oder auch verschlüsselte Kommunikationswege finanziert werden. Im kommenden Jahr sollen somit weitere 19,2 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen finanziert werden.

Sehr ähnlich wird beim Wirtschaftsministerium getrickst. Auch hier gibt es offiziell zwar einen Rückgang von 3,5 Millionen Euro auf rund 11 Milliarden. Das Ministerium kann aber auf den sogenannten Klima- und Transformationsfonds (KTF) zurückgreifen. Ein weiteres Sondervermögen, das sich aus Rücklagen und insbesondere aus den Einnahmen aus dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten speist. Hier soll das Wirtschaftsministerium weitere 36 Milliarden Euro ausgeben können. Diese sind insbesondere als Steuergeschenke an die Industrie geplant.

## Haushalt der Umverteilung

Bei so massiven Kürzungen stellt sich die Frage, in wessen Interesse wird hier Politik gemacht? Der Haushalts-

entwurf der Regierung spricht dabei eine deutlich Sprache: Im Interesse der Wirtschaft und ihrer großen Monopole. Während die staatlichen Sozialausgaben immer weiter zusammen gestrichen werden, was vor allem Arme, Kranke, Arbeitslose und Rentner:innen trifft, werden die Abgaben welche die arbeitende Bevölkerung durch Sozialversicherungen und zusätzlichen Beiträge zahlen muss immer höher. Das Ergebnis ist eine weitere Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

## Haushalt wird weiter verhandelt

Doch noch ist der Haushalt nicht abschließend beschlossen. Noch handelt es sich um einen Haushaltsentwurf. Erst am 1. Dezember entscheidet der Bundestag über den gesamten Bundeshaushalt. Bis es soweit ist, werden erfahrungsgemäß noch zahlreiche Detail-Änderungen an dem aktuellen Entwurf vorgenommen.

Eine tatsächlich größere Änderung des Entwurfs, die eine Umverteilung von oben nach unten bedeuten würde, könnte allerdings nur eine große Bewegung auf der Straße erwirken. Sie müsste einen anhaltenden Druck auf die Regierung aufbauen und bereit und fähig sein diesen mit Hilfe von Streiks in den Betrieben, Schulen, Unis und Aktionen auf den Straßen durchzusetzen.

## Erklärung zu den Kürzungen: Nein zur Kürzungsampel! – Runter mit der Rüstung, hoch mit Bildung und Sozialem!

Auszug aus der Erklärung der Föderation Klassenkämpferischer Organisationen:

Die Bundesregierung will ab 2024 massiv kürzen. Die vorgestellte Haushaltsplanung für 2024-2027 und die angekündigte Krankenhausreform sind ein direkter Angriff auf uns Arbeiter:innen: Einsparungen beim Bafög, Elterngeld, Gesundheit, Bahn und Klimaschutz wer-

den verheerende Folgen für uns mit sich bringen. [...] Wir merken an der Haushaltsplanung, dass die Regierung versucht, die Kosten der aktuellen wirtschaftlichen Lage auf unseren Rücken abzuwälzen. Uns dazu zu bringen, für Krieg den „Gürtel enger zu schnallen.“ Das sollte für jede:n von uns ein Grund sein, aktiv zu werden und sich gegen die Abwälzungen von Krieg und Krise zu wehren!

Für uns als Föderation klassenkämpferischer Organisationen ist klar, dass dieser Staat nicht in unserem Interesse handelt. Gerade in Zeiten von Krieg und Krise wird klar, dass sich der kapitalistische Staat hinter die Unternehmen stellt. Für eine imperialistische Macht wie Deutschland heißt es, auf Kosten der Lohnabhängigen, Geld in die Kriegsausrüstung zu stecken, um seine Macht auszuweiten.

Wir sagen, kein imperialistischer Interessenkrieg ist in unserem Sinne. Wir kämpfen nicht gegen unsere internationalen Klassengeschwister. Wir frieren nicht für den Krieg, wir schnallen den Gürtel nicht enger für die Machtbestrebungen der Kapitalist:innenklasse. Wir stellen uns als Arbeiter:innenklasse gegen Krieg und Krise und sagen: Nicht auf unserem Rücken!

# Vor 50 Jahren: Wilder Streik bei Ford Köln

Im August 1973 brach im Kölner Fordwerk ein wilder Streik gegen die Entlassung hunderter Gastarbeiter aus. Der Streik wurde zwar gemeinsam von Betriebsrat, Polizei und Nazi-Schlägern niedergeschlagen. Er trug aber zur dauerhaften Veränderung der Lebenslage von migrantischen Arbeiter:innen bei. Auch heute können wir weiter viel aus diesem Streik lernen.

Im Spätsommer 1973 verschärfte sich die Stimmung im Kölner Ford-Werk. Die Wirtschaft in der BRD zeigte erste Krisenerscheinungen: Die große Ölkrise sollte im Herbst das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ beenden. Für die Arbeiter:innen hatten sich schon jetzt die Preise massiv erhöht. Zusätzlich wurde der Arbeitsdruck im Werk angezogen.

Bei Ford waren viele ausländische Kollegen noch nicht wieder aus dem Urlaub zurück. Tausende Gastarbeiter aus der Türkei, Jugoslawien, Italien und anderen Ländern arbeiteten für den Autohersteller, die türkischen Kollegen etwa an den Endmontagebändern. Ihr Lohn war 20 Prozent niedriger als bei den Arbeitern im restlichen Werk. Sie wohnten überwiegend in Wohnkasernen auf dem Betriebsgelände. IG Metall und Betriebsrat interessierten sich nicht für sie. Um im Sommer für einige Wochen mit dem Auto in ihre Heimat fahren zu können, war es bislang üblich und geduldet, dass sie die Sommerferien mit einigen Wochen unbezahlt Urlaub überzogen.

Diesen Sommer kam es jedoch anders. Die Betriebsleitung nahm das Fernbleiben der türkischen Kollegen zum Anlass, um 500 von ihnen auf die Straße zu setzen. Dafür sollten die

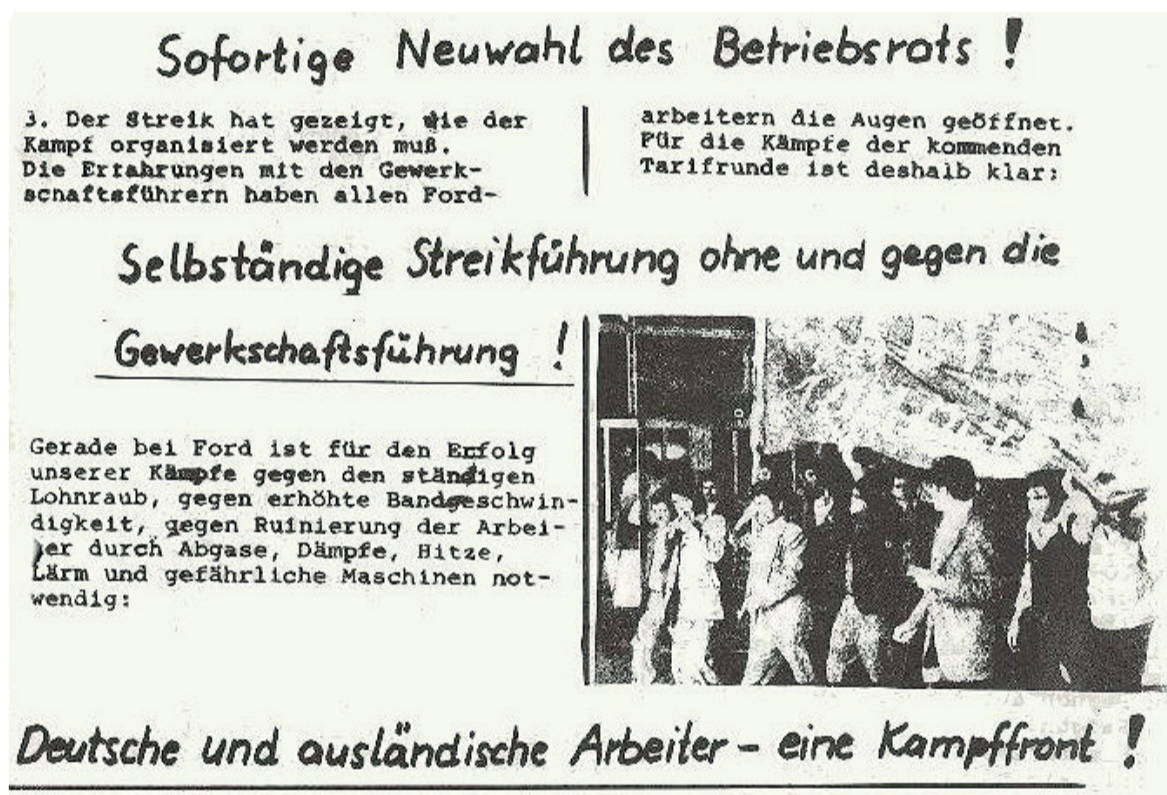
übrigen Arbeiter schneller produzieren. Die Empörung unter den Kollegen war groß. In dem Werk arbeiteten auch zahlreiche kommunistische Aktivist:innen in Betriebsgruppen wie den „Kölner Fordarbeitern“, die die Stimmung in Flugblättern aufgriffen und Forderungen wie die Rücknahme der Entlassungen und „1 DM mehr für alle“ aufstellten.

streiken. Ein Großteil der Spätschicht folgte dem Aufruf. Der wilde Streik bei Ford begann – und sollte bis zum folgenden Donnerstag andauern. Die Arbeiter wählten eine Streikleitung und ließen sich von Geschäftsleitung und Betriebsrat weder beschwichtigen noch aus dem Werk locken. Erst nach einigen Tagen gelang es der IG Metall, die deutschen Arbeiter zum

Daraufhin griff die Polizei ein, verhaftete den Streikführer Baha Targün und andere Streikende und drohte den Gastarbeitern mit Abschiebung, sollten sie nicht sofort das Werksgelände verlassen. Die Bild-Zeitung, die zuvor gegen den „Türken-Terror“ gehetzt hatte, schrieb nach der Niederschlagung: „Deutsche Arbeiter kämpfen Ford frei.“

Der Ford-Streik war kein alleiniges Ereignis, sondern reihte sich in eine Welle von über 300 wilden Streiks im Jahr 1973, mit hunderttausenden Beteiligten. Trotz seiner Niederschlagung führte der Kampf langfristig zum Ende der Werkskasernen und der Verbesserung der sozialen Lage migrantischer Arbeiter:innen in Westdeutschland.

Auch für heute lassen sich zahlreiche Lehren aus dem Streik ziehen: Das ist vor allem die Notwendigkeit eigener klassenkämpferischer Strukturen in den Betrieben, denn die DGB-Gewerkschaften agierten damals und heute als Agentur der Unternehmen. Zudem müssen wir in unseren Kämpfen die engen Spielregeln des kaum vorhandenen Streikrechts und der Tarifrouten sprengen. Dazu braucht es die internationale Solidarität unter allen Kolleg:innen, egal wo sie herkommen und welchen Arbeitsvertrag sie haben!



Am 24. August – einem Freitag – begann dann der Streik, ausgehend von den türkischen Arbeitern aus der Endmontage-Halle. Sie demonstrierten über das Werksgelände und forderten ihre Kollegen auf, mitzu-

Teil gegen ihre migrantischen Kollegen aufzuwiegen. Am 30. August inszenierte der Betriebsrat schließlich eine „Gegendemo“, bei der faschistische Schläger und Zivilpolizisten mitliefen und die Streikenden angriffen.

## PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn  
twitter.com/perspektiveon  
instagr.am/perspektiveonline  
t.me/perspektiveon  
mastodon.social/@perspektiveon

**Vi.S.d.P.:**

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.  
Homarstraße 64  
51107 Köln

## PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

## PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



## MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“  
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“  
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende  
<https://perspektive-online.net/spenden>